



Migration und Integration von Ausländern in Leipzig



Unsere Positionen

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt ist in den letzten zehn Jahren massiv von 8,8 % auf 17,5 % angestiegen - darunter zu einem nicht unerheblichen Teil Armutszuwanderer. Ausmaß und Zusammensetzung der ungesteuerten Massenmigration überfordern unsere Stadt zunehmend und führen zu Desintegration statt gelingender Integration. Nur zwei Beispiele: 41 % aller Bürgergeldempfänger in Leipzig haben einen Migrationshintergrund und auch 1/3 aller Tatverdächtigen bei Straftaten sind Migranten – Tendenz steigend. Dem Freistaat Sachsen mangelt es leider nach wie vor an den nötigen Ressourcen für eine erfolgreiche Integration von Migranten, so in den Bildungseinrichtungen und auf dem Wohnungsmarkt. Seitens der Zuwanderer fehlt es oftmals an den sprachlichen, kulturellen und beruflichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.

Die AfD-Fraktion Leipzig strebt eine kommunale Migrations-/Integrationspolitik an, welche sich vor allem an den Bleibeperspektiven der einzelnen Migranten orientiert und stark auf die Erhaltung des sozialen Friedens in Leipzig ausgerichtet ist. Sicherheit und Lebensqualität der Leipziger müssen Vorrang vor einer aufkotroyierten „Willkommenskultur“ haben! Nur so kann Leipzig eine lebenswerte Stadt mit bezahlbarem Wohnraum bleiben.



FREIWILLIGE RÜCKKEHR VON MIGRANTEN FÖRDERN

Die Förderung der freiwilligen Rückkehr und die zugehörigen Beratungsangebote müssen massiv ausgebaut werden. Aktuell sollten gerade Syrer, Afghanen, Iraker und Eritreer, in deren Heimatregionen der Krieg weitgehend beendet ist, gezielt angesprochen und bei der Rückkehr unterstützt werden. Darüber hinaus sind Migranten ohne Bleibeperspektive schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückzuführen.



KEINE FREIWILLIGEN ZUSATZ- LEISTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER

Die Gesamtkosten der Asylpolitik auf kommunaler Ebene müssen transparent gemacht werden. Jegliche Zusatzleistungen der Stadt Leipzig sind aufzuheben und die Leistungen damit auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu beschränken. Absehbar nicht bleibeberechtigte Asylbewerber dürfen keine Sprachkurse und keine sonstigen Förder- und Integrationsmaßnahmen mehr erhalten.



KEINE WEITEREN FLÜCHTLINGS-LAGER ERRICHTEN – AUFNAHMESTOPP JETZT

Wenngleich Aufnahme und Unterbringung von „Flüchtlingen“ in Leipzig gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben nach Weisung sind, fordern wir den Oberbürgermeister auf, Gespräche mit der Landesdirektion Sachsen über einen Aufnahmestopp von Asylbewerber*innen zu führen. Denn: In Leipzig befinden sich bereits weitaus mehr als 20.000 Personen, welche Leistungen im Kontext von Asyl/Migration erhalten und unsere Aufnahmekapazitäten bis ans Limit ausreizen.



ANREIZE FÜR ILLEGALE MIGRATION AUCH AUF KOMMUNALER EBENE REDUZIEREN

Leipzig muss sofort das sogenannte „Bündnis Sichere Häfen“ verlassen und die Aufnahme von illegal nach Europa geschleusten Migranten einstellen. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Leipzig. Die Tätigkeit von als Nichtregierungsorganisationen (NGOs) getarnten Schlepperorganisationen darf nicht weiter unterstützt werden!



INTEGRATION ALS BRINGSCHULD DER ZUWANDERER

Das Beherrschen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Werteordnung sowie das Bemühen,

den eigenen Lebensunterhalt selbst aufbringen zu können, sind nach unserer Auffassung die Mindestbedingungen für eine gelingende Integration. Sie ist in allererster Linie eine Bringschuld der Zuwanderer. Keine staatliche Fördermaßnahme kann die Eigeninitiative und den Willen der Zuwanderer zur Integration ersetzen. Außerdem gilt: Wer sich in Deutschland aufhält, muss die deutsche Kultur achten. Falsch verstandene Toleranz fördert nicht die Integration, sondern begünstigt die Ausbildung von Parallelgesellschaften und die Entstehung von Fundamentalismus!



ISLAMISCHEN FUNDAMENTALISMUS ZURÜCKDRÄNGEN

Der Ausbreitung fundamentalistisch-islamischer Haltungen und der damit verbundenen anwachsenden Parallelgesellschaften wollen wir strukturell entgegenreten. Kommunale Steuergelder für religiös-fundamentalistisch geprägte Bauten sind nicht zu bewilligen und baurechtliche Sondergenehmigungen dafür zu verweigern. Alle entsprechenden Vorhaben sind baurechtlich dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie das Stadtbild stören könnten. Minarette sind abzulehnen! Die Unterstützung von extremistischen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD-Fraktion Leipzig ab. Der Genehmigung lautsprecherverstärkter, öffentlicher Gebetsrufe in Leipzig werden wir mit allen rechtlich zulässigen Mitteln entgegenreten!

»Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden.«

Helmut Schmidt



KEINE ILLEGITIMEN AUSLANDSSCHULEN

Die AfD-Fraktion wendet sich strikt gegen die Gründung von Auslandsschulen anderer Staaten in Leipzig, in denen Ideologien verbreitet werden, die mit dem Wertekanon des deutschen Grundgesetzes nicht vereinbar sind.



ALTERSÜBERPRÜFUNG FÜR UNBEGLEITETE MINDER- JÄHRIGE ASYLBEWERBER

Grundsätzlich sind sämtliche „unbegleiteten minderjährigen Ausländer“ (umA) routinemäßig durch das Jugendamt der Stadt Leipzig auf ihr tatsächliches Alter zu untersuchen. Die Betreuung Minderjähriger ist enorm aufwändig und kostenintensiv. In einer Reihe von Fällen hat sich gezeigt, dass ein großer Anteil der vermeintlich Minderjährigen volljährig ist.



SOZIALGEFÖRDERTE WOHNUNGEN ZUERST FÜR DEUTSCHE

Bezahlbarer Wohnraum wird in Leipzig zunehmend knapp! Zu Tausenden wandern Leipziger jährlich ins Umland ab, weil sie keine bezahlbaren Wohnungen finden können. Zeitgleich strömen immer mehr Migranten, die häufig kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, in unsere Heimatstadt Leipzig und belegen vorrangig Sozial- und Gewährleistungswohnungen. Vor dem Hintergrund, dass nicht genügend Wohnraum neu geschaffen wird, kommt es zu einer regelrechten Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung. Die AfD-Fraktion Leipzig fordert deshalb, dass bei der Vergabe sozialgeförderter kommunaler Wohnungen deutsche Staatsbürger bevorzugt zu behandeln sind.

Impressum:

AfD-Fraktion Leipzig

Neues Rathaus · Martin-Luther-Ring 4-6

04109 Leipzig · Zimmer 178

Telefon: 0341 123 2189

afd-fraktion@leipzig.de

www.afdfraktion-leipzig.de

www.facebook.com/afdfraktionleipzig

Bildnachweis:

Titelbild: [dovla982/stock.adobe.com](https://www.dovla982/stock.adobe.com)

S. 2: [doom.ko/stock.adobe.com](https://www.doom.ko/stock.adobe.com)

V.i.S.d.P.:

Tobias Keller, Fraktionsvorsitzender

Siegbert Droese, Fraktionsvorsitzender

